



welt
hunger
hilfe

STANDPUNKT

KAMPF GEGEN DEN HUNGER WIRD AUF DEM LAND ENTSCHIEDEN

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG IST SCHLÜSSEL FÜR ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Überblick

Ein 10-Punkte-Aktionsplan

Weltweit gehen 923 Millionen Menschen hungrig zu Bett – Tendenz steigend. Und es wird ausgerechnet dort am meisten gehungert, wo Nahrung produziert wird: auf dem Land. Das muss und darf nicht sein. Ernährungssicherheit für alle Menschen ist keine Utopie. Wichtig ist es, angesichts der aktuellen Welternährungskrise nicht nur die Auswirkungen von Preissteigerungen, Biokraftstoffboom oder Klimaschwankungen in den Vordergrund zu stellen, sondern gleichzeitig die strukturellen Ursachen wie Handelsverzerrungen, Benachteiligung von Kleinbauern und ländlicher Räume sowie mangelhafte Bildungs- und Gesundheitssysteme zu überwinden.

Es gilt, den Hunger nicht nur durch zahlreiche Einzelmaßnahmen und Nothilfepakete symptomatisch in Schach zu halten, sondern die Überwindung der Kernursachen als gemeinsame Herausforderung anzunehmen: Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft aber auch Bürgerinnen und Bürger tragen gemeinsam die Verantwortung für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung für alle Menschen. Insbesondere die Entwicklungspolitik ist nun aufgefordert, im Dialog mit Handels-, Umwelt-, Energie- und Agrarpolitik kurz- und langfristige Instrumente aufeinander abzustimmen. Aus Sicht der Welthungerhilfe gehören zur erfolgreichen Hungerbekämpfung die nachfolgenden 10 Ansatzpunkte unabdingbar dazu:

- 1. Nahrungsmittelhilfe muss immer dauerhafte Ernährungssicherheit zum Ziel haben: Sie ist nur der erste Schritt langfristiger Entwicklungsmaßnahmen.*
- 2. Mehr Investitionen in die Landwirtschaft sind unerlässlich. Ländliche Entwicklung muss wieder zum Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit werden.*
- 3. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise muss als Chance genutzt werden, damit die Entwicklungsländer ihre eigene Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln ankurbeln können und so die ländlichen Gebiete wieder wirtschaftlich produktiver und attraktiver werden.*
- 4. Agrarforschung und -beratung müssen weltweit, vor allem aber in Entwicklungsländern, wieder ein stärkeres Gewicht bekommen. Forschungsziel ist die umweltverträgliche und sozial gerechte Steigerung landwirtschaftlicher Produktion insbesondere für Kleinbauern.*
- 5. Investitionen in Bildung und Gesundheit sind unerlässlich.*
- 6. Durch international gültige Abkommen müssen faire Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer geschaffen werden.*
- 7. Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme muss vorangetrieben werden, um Bedürftige im Krisenfall abzusichern.*
- 8. Die auf Importen aus Entwicklungsländern basierende Biokraftstoffproduktion in den Industrieländern muss ausgesetzt und überdacht werden.*
- 9. Eine breite Akzeptanz der Verbraucher in Industrieländern für höhere Nahrungsmittelpreise muss geschaffen werden: Gerechter Handel, umweltfreundliche Produktion und Klimaschutz sind teuer.*
- 10. Die Potentiale nichtstaatlicher Organisationen müssen stärker genutzt werden.*

Einleitung

In kürzester Zeit ist die Zahl der Hungernden um 75 Millionen gestiegen. Immer mehr arme Menschen weltweit müssen auf ein bis zwei Mahlzeiten täglich verzichten: Sie haben nicht mehr genug Geld, um sich die dramatisch teurer gewordenen Nahrungsmittel leisten zu können und geraten von der Armut in den Hunger. Die Zahl der weltweit Hungernden ist auf ein neues, dramatisches Rekordhoch von 923 Millionen gestiegen – so viel wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr (FAO 2008). Grund für die Verteuerung der Nahrungsmittel ist der hohe Ölpreis, der landwirtschaftliche Produkte kostspieliger macht, zusätzlich wächst mit der Weltbevölkerung der Bedarf an Nahrungsmitteln. Mit steigendem Wohlstand erhöht sich auch die Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln wie Fleisch oder Milchprodukten. Außerdem wirkt die Nachfrage nach Kraftstoffpflanzen zur Spritproduktion extrem preistreibend. Zusätzlich verknappen Missernten aufgrund des Klimawandels das Angebot an Grundnahrungsmitteln. Angesichts der dramatisch gestiegenen Preise für Lebensmittel haben in zahlreichen Entwicklungsländern Menschen protestiert und damit weltweit Aufmerksamkeit auf die globale Hungerkrise gelenkt. Endlich ist dadurch das seit Jahrzehnten ungelöste Problem von Hunger und Unterernährung wieder auf der politischen Agenda.

Die internationale Staatengemeinschaft wie auch Regierungen von Entwicklungsländern müssen aktiv werden. Sofortmaßnahmen wie Nahrungsmittelhilfe und die Bereitstellung von Saatgut und Dünger sind keine langfristige Lösung, denn sie lindern nur die Symptome, beseitigen aber nicht die strukturellen Ursachen. Die landwirtschaftlichen Potentiale in den Entwicklungsländern sind noch lange nicht ausgeschöpft, vor allem nicht in Afrika. Gleichzeitig haben wir als Verbraucher in Industrieländern die Möglichkeit, einen Teil dazu beizutragen, dass die Armen in den Entwicklungsländern mehr Einkommen und damit mehr Ernährungssicherheit haben. Die gestiegenen Nahrungsmittelpreise wirken sich unterschiedlich aus: Während die Verbraucher unter den hohen Preisen leiden, stellen sie für Landwirte eine Chance dar, mehr Einkommen zu erzielen. Landwirtschaft ist wieder rentabel, es lohnt sich wieder zu investieren. Kleinbauern in Entwicklungsländern sind jedoch aufgrund kleiner Flächen und geringer Ernteerträge darauf angewiesen, Nahrungsmittel zuzukaufen. Kurzfristig gesehen leiden sie daher unter den hohen Nahrungsmittelpreisen ebenso wie Verbraucher in den Städten. Längerfristig bedeuten höhere Nahrungsmittelpreise aber auch für sie eine Chance, mehr Einkommen zu erwirtschaften. Dazu bedarf es aber auf nationaler wie auf internationaler Ebene einer

Politik, die die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit in ländlichen Räumen in den Mittelpunkt rückt und sich damit der Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung stellt.

1. Nahrungsmittelhilfe ist nur Starthilfe

Nahrungsmittelhilfe muss immer dauerhafte Ernährungssicherheit zum Ziel haben: Sie ist nur der erste Schritt langfristiger Entwicklungsmaßnahmen. Kurzfristige Nahrungsmittelhilfe muss nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe in eine nachhaltige Selbstversorgung münden. Es gilt das Konzept: Auf Nothilfe folgt Wiederaufbau, an die sich langfristige Entwicklungsförderung anschließt. In Verbindung mit Nahrungsmittelhilfe müssen Beschäftigungs- und Sozialprogramme (wie food for work) konzipiert werden, die helfen, langfristig die ländliche Infrastruktur (Straßen, Brunnen usw.) zu verbessern, die Erträge zu erhöhen und neue Märkte zu erschließen. Nahrungsmittelhilfe darf die lokalen Märkte nicht schädigen und muss deshalb wo immer nötig und möglich regional beschafft werden.

Nothilfe oder humanitäre Hilfe richtet sich an Menschen, die durch Naturkatastrophen oder Kriege und Konflikte in Not geraten sind. Um ihr Überleben zu sichern, kann es kurzfristig erforderlich sein, schnell und unbürokratisch Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter wie Zelte und Kleidung bereitzustellen.

Als direkte Reaktion auf die wachsende globale Hungersnot durch steigende Nahrungsmittelpreise wurden 2008 zahlreiche nationale und internationale Sofortprogramme zur Bereitstellung von Nahrungsmittel, Saatgut und Dünger aufgelegt. Zur unmittelbaren Linderung von Not sind diese Hilfsmaßnahmen unverzichtbar. Nachhaltigkeit zeigen sie jedoch nur, wenn gemäß dem Prinzip „Linking Relief, Rehabilitation and Development“ (LRRD) die Verbindung zu langfristigen Entwicklungsmaßnahmen für Ernährungssicherheit hergestellt wird. Denn mittelfristig muss immer den Menschen dabei geholfen werden, sich eigenverantwortlich (*ownership*) eine materielle Existenzgrundlage zu schaffen. Deshalb sollten Hilfsgüter vorrangig in den notleidenden Regionen eingekauft werden: So werden Marktverzerrungen vermieden. Gleichzeitig besteht die Chance, die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Neben der Lieferung von Hilfsgütern können bezahlte Arbeitseinsätze (*cash for work*) für den

(Wieder-)Aufbau von Straßen, Schulen und Brunnen organisiert werden. Statt neuer Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfe kann dadurch Nothilfe im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe in die Selbstversorgung münden.

Ziel eines Konzepts zur Überwindung der globalen Hungerkrise muss es sein, lokale Nahrungsmittelengpässe zu vermeiden und durch Vorsorge aufkommende Notlagen so zu entschärfen, dass künftig Nahrungsmittelhilfe immer seltener notwendig wird. Geberländer haben bislang Entwicklungsländer zu wenig beim Aufbau eigener Strategien zur Vermeidung und Überwindung von Katastrophen unterstützt. Gerade angesichts des Klimawandels muss heute die Entwicklungszusammenarbeit die Stärkung nationaler und lokaler Fähigkeiten in der Katastrophenvorsorge viel stärker berücksichtigen. Hierzu gehört auch der Aufbau verlässlicher Frühwarnsysteme, die durch Beobachtung der lokalen Märkte und von Veränderungen im Ernährungsstatus der Bevölkerung eine zunehmende Nahrungsmittelknappheit anzeigen.

Eine umfassende Unterstützung aus einer koordinierenden Hand – vom akuten Katastrophenmanagement über Wiederaufbau bis hin zu langfristigen Entwicklungsprogrammen – ist zur langfristigen Überwindung von Hungerkrisen besonders geeignet: Dadurch werden nicht nur Nothilfekonzepte umgesetzt, sondern auch das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe wird in allen Etappen gewährleistet. Staatliche und Internationale Organisationen bedienen in der Regel nur einen Aspekt des LRRD-Ansatzes. Dadurch fällt die Abstimmung der Nothilfeinsätze mit nachfolgenden Programmen schwer, die Umsetzung dauerhafter Konzepte zur Ernährungssicherheit ist kaum realisierbar. Soll künftig Not- und Entwicklungshilfe wirkungsvoller werden, dann muss im Sinne von mehr *Aid Effectiveness* nicht nur die internationale Koordination der Entwicklungsagenturen verbessert werden, sondern auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit kohärenter gestaltet werden.

2. Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellen

Mehr Investitionen in die Landwirtschaft sind unerlässlich. Ländliche Entwicklung muss wieder zum Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit werden. Zwei von drei Hungernden leben auf dem Land. Dass ausgerechnet dort gehungert wird, wo Nahrung produziert wird, ist nicht zuletzt Folge einer jahrzehntelangen Vernachlässigung der Ernährungslandwirtschaft in Entwicklungsländern. Ihre Regierungen, aber gerade auch die internationale Gebergemeinschaft haben die direkte und indirekte Förderung dieses Wirtschaftssektors in den letzten 20 Jahren erheblich reduziert. Nach Schätzungen des Washingtoner Forschungsinstituts IFPRI (International Food Policy Research Institute) wären 20 bis 30 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe für Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssicherheit notwendig. Die Entwicklungshilfe muss dringend um diesen Anteil aufgestockt werden.

Zwei von drei Hungernden leben auf dem Land. Sie sind Klein- und Subsistenzbauern sowie Landlose, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die von ihnen bestellten Anbauflächen sind zu klein und ihre Anbaumethoden zu rudimentär, um den Eigenbedarf zu decken, geschweige denn darüber hinaus nennenswerte Überschüsse zu produzieren. Landreformen und Genossenschaftsbildungen, die zur Ertrags- und Einkommenssteigerung notwendig wären, sind bislang nur selten erfolgt.

Dass ausgerechnet dort gehungert wird, wo Nahrung produziert wird, ist nicht zuletzt Folge einer jahrzehntelangen Vernachlässigung der Ernährungslandwirtschaft in Entwicklungsländern: Ihre Regierungen und gerade auch die internationale Gebergemeinschaft haben die direkte und indirekte Förderung dieses Wirtschaftssektors in den letzten 20 Jahren nicht nur erheblich reduziert. Handelspolitiken, vor allem die erst in jüngster Zeit auslaufenden Agrarexportsubventionen der Industrieländer, haben dafür gesorgt, dass keine Preisanreize für die Produktion von Lebensmitteln entstanden sind und Investitionen in den Agrarsektor unterblieben. So lange die Weltagrarmärkte mit billigen Produkten gut versorgt waren und die Industrieländer ihre landwirtschaftliche Produktion mit hohen Exporterstattungen global wettbewerbsfähig machten, gab es für die meisten Entwicklungsländer keinen Grund, in den nationalen Agrarsektor zu investieren.

Folge ist, dass in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Entwicklungsländern die Potentiale des Agrarsektors zur

Hungerbekämpfung sträflich vernachlässigt wurden. Wenn überhaupt in die Landwirtschaft investiert wurde, so stand die Exportproduktion (Kaffee, Baumwolle, Kakao etc.) im Vordergrund. Um Mengen- und Qualitätsanforderungen entsprechen zu können, wurden aber vor allem mittlere und große Betriebe gefördert. Für die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion hingegen gab es wenig Anreize und abgesehen von der Arbeit nicht-staatlicher Organisationen auch kaum Entwicklungsprogramme. Die Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel stellen diese Politik nun in Frage.

Zur prekären aktuellen Ernährungslage kommt hinzu, dass angesichts des Bevölkerungswachstums die Nahrungsmittelproduktion stark ansteigen muss, will man in Zukunft alle Menschen angemessen ernähren: Hochrechnungen für Subsahara-Afrika zeigen, dass sich die Nahrungsmittelimporte bis zum Jahr 2030 verdoppeln müssen, wenn dort nicht umgehend in den Agrarsektor investiert wird. Die Überwindung des Hungers ist an eine Steigerung der Produktion von Nahrungsmitteln gekoppelt – und zwar in erster Linie in den von Hunger betroffenen Regionen selbst. Zu lange wurde darauf vertraut, dass globale Ernährungssicherheit durch Überschussproduktionen in den Industrieländern erreicht werden könnte. Die auf dem Weltmarkt vorhandenen Nahrungsmittel können die hungernden Menschen nicht erreichen: Diese sind zu arm, um vorhandene Nahrung zu kaufen. Hunger ist kein Problem der Verteilung der Nahrung, sondern Folge der ungleichen Verteilung der Einkommen. Die einzige Chance für arme Menschen, sich selbständig aus der Hungerfalle zu befreien, ist angemessen bezahlte Arbeit. Und Arbeit lässt sich in unterentwickelten Ländern am leichtesten in der Landwirtschaft generieren.

Die Schlussfolgerung ist klar: Das erste Millenniumsziel, die Halbierung von extremer Armut und Hunger bis 2015, kann nur erreicht werden, wenn der landwirtschaftliche Sektor in Entwicklungsländern essentiell gestärkt wird. Im entwicklungspolitischen Dialog müssen Entwicklungsländer stärker zu Agrarstrukturreformen aufgefordert werden, damit arme Landbewohner und unterhalb des Subsistenzniveaus wirtschaftende Kleinbauern Zugang zu Land, Wasser und anderen produktiven Ressourcen erhalten. Langfristig kann Ernährungssicherheit nur erreicht werden, wenn die Ernährungslandwirtschaft der Entwicklungsländer gezielt gefördert wird und hierzu mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden – von den Entwicklungsländern selbst wie auch durch die Geber. Der Fokus der Entwicklungsbemühungen, der in den letzten Jahren vor allem auf die städtische Bevölkerung gerichtet war, muss wieder auf die ländlichen Gebiete gerichtet werden. Während vor 25 Jahren noch 17 Prozent der Entwicklungshilfe der OECD-Staaten für die

Landwirtschaft ausgegeben wurde, waren es 2007 unter 4 Prozent. Nach Schätzungen des Washingtoner Forschungsinstituts IFPRI (International Food Policy Research Institute 2008) wären 20 bis 30 Prozent der weltweiten Entwicklungshilfe für Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssicherheit notwendig. Die Entwicklungshilfe muss dringend um diesen Anteil aufgestockt werden.

3. Ländliche Räume von der Armut befreien

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise muss als Chance genutzt werden, damit die Entwicklungsländer ihre eigene Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln ankurbeln können und so die ländlichen Gebiete wieder wirtschaftlich produktiver und attraktiver werden. Hier sind nicht nur die Geberländer gefordert, vielmehr stehen vor allem die Regierungen der Entwicklungsländer in der Pflicht, ihre Landwirtschaft auf- und auszubauen. Dies bedeutet, in die ländliche Infrastruktur zu investieren, Bauernorganisationen zu fördern, den Zugang zu Land und Produktionsmitteln (Dünger, Saatgut, Kredite) zu ermöglichen, die Weiterverarbeitung zu verbessern sowie das Transportwesens und die Lagerhaltung zu fördern.

Die Entwicklungsstrategie, Hunger und Armut durch Förderung städtischer Räume und der Wirtschaft zu beseitigen, hat kaum positive Auswirkungen auf ländliche Räume gezeigt. Auch Dezentralisierungsprozesse können – wenn überhaupt – nur indirekt und in großen Zeiträumen zur Hungerbekämpfung beitragen. Knapp eine Milliarde Menschen leben in äußerster Armut, zwei Drittel davon weiterhin auf dem Land. Ländliche Entwicklung umfasst die Förderung der Wirtschaftskraft auf dem Land – besonders der Kleinbauern – und stellt den Ressourcenschutz ins Zentrum. In ländlichen Räumen fehlt armen Menschen ein sicherer Zugang zu Land und zu Trinkwasser. Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sind in der Regel schlechter als in der Stadt, fehlende Straßen oder kaum passierbare Pisten verhindern jeglichen Ausbau von Handelsstrukturen. An all diesen Problemen setzt das Konzept der ländlichen Entwicklung an. Je nach lokalen Bedürfnissen kann die Förderung der Infrastruktur und Trinkwasserversorgung ebenso Teil des Ansatzes sein wie Hilfe bei der Wiederaufforstung, bei der Verbesserung der Anbauweisen oder bei Kleinkreditprogrammen und Bildung. Auch Maßnahmen gegen die weit verbreitete Benachteiligung von Frauen und Mädchen gehören dazu.

Ländliche Entwicklung mit besonderem Fokus auf Landwirtschaft und Kleinbauern ist der Schlüssel zur Überwindung der Hungerkrise, denn

1. eine höhere Produktion von Nahrungsmitteln verbessert die Eigenversorgung und das Angebot lokaler Märkte,
2. die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft reduziert die Armut, steigert die Kaufkraft und wirkt der Landflucht entgegen,
3. neue Einkommensmöglichkeiten in und außerhalb der Landwirtschaft eröffnen den Armen neue Perspektiven: Sie haben mehr Geld für Nahrung, Bildung und Gesundheit.

Damit ländliche Entwicklung erfolgreich ist, müssen die politischen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft rentabel wird und auf Preisanreize reagieren kann. Hier sind nicht nur Geberländer gefordert, vielmehr stehen vor allem Regierungen von Entwicklungsländern in der Pflicht, ihre Landwirtschaft auf- und auszubauen. Der Nachholbedarf ist groß und gerade jetzt kann der Anstieg der Nahrungsmittelpreise als Chance genutzt werden, um die heimische Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Vermarktung anzukurbeln und dadurch benachteiligte ländliche Gebiete wieder wirtschaftlich produktiver und damit attraktiver zu machen. Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit können wirkungsvoll ländliche Räume fördern, indem sie die Etablierung von Landrechten fördern, den Zugang zu Krediten, zu Produktionsmitteln (Dünger, Saatgut), zu Innovationen und Arbeitskapazität unterstützen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Stärkung lokaler Märkte und Förderung von Lagerhaltungssystemen sowie Weiterbildung ermöglichen.

Entwicklungskonzepte zur Förderung der Landwirtschaft wie auch Agrarpolitiken unterschätzen noch immer die Bedeutung der gleichberechtigten Einbeziehung von Frauen, obwohl sie eine Schlüsselrolle in der Landwirtschaft innehaben: Je nach Region wird bis zu 80 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeit von Frauen erbracht. Sie sichern das Überleben ihrer Familien. Trotzdem sind Frauen vielerorts aufgrund der rechtlichen, ethnischen und kulturellen Normen strukturell benachteiligt. Folge dieser Diskriminierung: 70 Prozent der knappen Milliarde Menschen, die unter extremer Armut leiden, sind Frauen. Gezielte Förderung von Frauen muss integraler Bestandteil der Landwirtschaftsförderung sein, denn: Gehört der Frau das Land, dann kann sie selbst entscheiden, was gepflanzt wird. Durch Zugang zu Kleinkrediten kann sie ihre Familie besser ernähren, die Kinder können zur Schule gehen, Rücklagen können gebildet werden, Umwelt- und Hungerkrisen besser überwunden werden.

4. Forschung für bessere Ernten in Entwicklungsländern

Agrarforschung und -beratung müssen weltweit, vor allem aber in Entwicklungsländern, wieder ein stärkeres Gewicht bekommen. Forschungsziel ist die umweltverträgliche und sozial gerechte Steigerung landwirtschaftlicher Produktion insbesondere für Kleinbauern. Lokale Anbaupraktiken und Produktionsweisen müssen berücksichtigt werden, um darauf aufbauend durch Forschung und Beratung den jeweiligen Regionen angepasste Lösungen für Anbau und Ertrag zu erarbeiten, die den Kriterien der Nachhaltigkeit und dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe entsprechen.

Hunger überwinden, Ernährungssicherheit trotz starkem Bevölkerungswachstum garantieren und gleichzeitig gesunde und abwechslungsreiche Kost zur Beseitigung von Mangelernährung für alle Menschen ermöglichen – all dies bedeutet: Wir müssen die Produktion von Lebensmitteln erhöhen. Und zwar kräftig, denn die Nahrungsmittelproduktion muss zunehmend mit der ernährungsfernen Landwirtschaft (Agrartreibstoffe, Naturfasern etc.) konkurrieren. Nach Angaben der Vereinten Nationen (2008) muss die Nahrungsmittelproduktion bis 2030 um 50 Prozent gesteigert werden, um Ernährungssicherheit ermöglichen zu können. Eine Herausforderung an die Landwirtschaft, die ohne Investitionen in die Agrarforschung kaum zu bewältigen sein wird. Die Weichen hierfür müssen heute schon gestellt werden, denn von der Aufnahme eines Projekts in der Agrarforschung bis zur Übernahme der Ergebnisse in der bäuerlichen Praxis vergehen bis zu 20 Jahre. Die Ernährungssicherung der nächsten Generation hängt also von Forschungsinvestitionen ab, die heute getätigt werden.

Nur müssen die Weichen für die Agrarforschung auch so gestellt werden, dass sie einen nachhaltigen Weg aus der Hungerkrise weisen. Dies ist mit einem Beharren auf industrieller Landwirtschaft mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz nicht zu erreichen (IAASTD 2008). Nur Großgrundbesitzer und Investoren profitieren von der großflächigen, vielfach in Monokultur angelegten Landwirtschaft – die jedoch zu Lasten der Umwelt geht. Kleinbauern, die wenig Kapital für teure Investitionen in Technik haben, können mit ihren kleinen Flächen nicht konkurrieren. Daher muss die Agrarforschung das lokale und indigene Wissen einbeziehen und der Forschungsschwerpunkt auf kleinbäuerliche und agro-ökologische Anbaumethoden in Entwicklungsländern gelegt werden. Nur wenn die Intensivierung der Landwirtschaft lokal selbstbestimmt und auf ökologischen Prinzipien beruht,

kann sie im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe der regionalen Ernährungssicherheit dienen.

Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz von Grüner Gentechnik nicht zielführend. Die Einführung von patentiertem transgenem Saatgut birgt die Gefahr der Abhängigkeit vom Hersteller, sie verhindert die lokale, unabhängige Agrarforschung und führt zu unerschwinglich hohen Kosten. Grüne Gentechnik verhindert zudem die Eigenproduktion von Saatgut, die gerade in Entwicklungsländern in hohem Maße zur Ernährungssicherheit beiträgt. Nicht zuletzt führt sie zu Verlusten in der natürlichen biologischen Vielfalt, die für eine standortgerechte Landwirtschaft unter sich verändernden Klimabedingungen benötigt wird. Agrarforschung muss auf traditionellem Wissen und lokalen Anbautechniken aufbauen: Sie muss Lösungen anbieten, die auf lokale Produktionsgegebenheiten abgestimmt sind und gleichzeitig für Kleinbauern handhabbar und finanzierbar sind. Das kann nur gewährleistet werden, wenn die Agrarforschung in den Entwicklungsländern betrieben und finanziell unterstützt wird.

5. Bildung und Gesundheit sind bedingungslose Fundamente für Entwicklung

Investitionen in Bildung und Gesundheit sind unerlässlich. Bildungschancen zu verbessern ist einer der wirkungsvollsten Wege, Hunger zu bekämpfen. Je höher der Bildungsgrad desto besser der Ernährungsstatus. Die Investition in die Bildung von Frauen führt zu kleineren Familien und reduziert das Bevölkerungswachstum. Und nur gesunde Menschen sind in der Lage, ihre Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

Über 90 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule. Zwei Drittel der rund 875 Millionen Analphabeten weltweit sind weiblich (UNICEF 2008). Mangelnde Bildung und Hunger gehen häufig Hand in Hand: Wer arm ist, kann sich kaum Nahrung leisten und erst recht keine Schulbildung. Kinder ärmster Familien bleibt das Recht auf Bildung versagt: Die Kosten für den Schulbesuch (Gebühren, Uniform, Transport, Utensilien) können sie nicht bezahlen. Die steigenden Lebensmittelpreise verschärfen die Lage zusätzlich noch, denn viele Kinder werden nun erst recht gezwungen, für den Lebensunterhalt ihrer Familie zu arbeiten. Die Forderung nach „Bildung für alle“ setzt aber voraus, dass Kinderarbeit abgeschafft wird.

Selbst wenn sich die Bevölkerung leisten könnte, die Schulgebühren für ihre Kinder zu bezahlen, sind die Bildungschancen vor allem in ländlichen Räumen der Entwicklungsländer geringer als in Städten: Es mangelt an Gebäuden und Lehrpersonal. Die wenigen, meist unzureichend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrer unterrichten vielfach Schulklassen mit über hundert Kindern. Hinzu kommt, dass arme Familien nur die Jungen in die Schule schicken. Mädchen und Frauen sind dadurch besonders von Bildungsarmut betroffen. Dabei steht Bildung hoch auf der internationalen Entwicklungsagenda: Gleich zwei der acht UN-Millenniumsziele (MDG) beziehen sich auf Bildung: MDG 2: Gebührenfreie und qualitativ gute Grundschulbildung für alle Kinder und MDG 3: Überwindung der Geschlechterdisparitäten im Bildungswesen.

Bildungschancen zu verbessern ist einer der wirkungsvollsten Wege, Hunger zu bekämpfen, Denn das Ausmaß von Unterernährung nimmt proportional mit der Fähigkeit ab, lesen und schreiben zu können. Nur durch Bildung wird die Handlungsfreiheit erworben, die dem Menschen erlaubt, ein selbstbestimmtes Leben zu gestalten, Familienplanung zu verwirklichen und durch erhöhte Chancen auf Arbeit dem Hunger und der Armut zu entkommen.

Investitionen in Bildung wären jedoch nicht lange, wenn die Gesundheit nicht gesichert ist. Gesundheit ist nicht nur ein Menschenrecht und die Basis dafür, dass Menschen sich entwickeln und ihre Potentiale ausschöpfen können. Mangelnde Ernährung, Hygiene und Bildung und ein unzureichendes öffentliches Gesundheitssystem führen in Entwicklungsländern zu hoher Mütter- und Kindersterblichkeit und niedriger Lebenserwartung. Immer noch hat über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und 2,6 Milliarden müssen ohne sanitäre Anlagen auskommen. Oft gibt es keine medizinische Versorgung, weil es an medizinischem Personal mangelt, angemessen ausgestattete Arztpraxen und Krankenhäuser fehlen und Medikamente entweder nicht vorhanden oder zu teuer sind.

Der Teufelskreis von Armut, Hunger, Bildungsmangel und prekärer Gesundheitsversorgung nimmt bei HIV/AIDS katastrophale Ausmaße an: Für viele Länder im südlichen Afrika wird prognostiziert, dass bis 2020 die Aids-Pandemie ein Fünftel der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte hinweggerafft haben wird (WFP HIV/AIDS Unit 2007). Kleinbauern werden besonders betroffen sein, da durch fehlende Arbeitskräfte die Einkommen weiter sinken werden. Das Nahrungsmittelangebot wird auf dem Land sinken, auch die Zulieferung in die Städte ist

gefährdet. Die Katastrophe kann nur verhindert werden, wenn ausreichende Einkommen in den ländlichen Räumen erzielt werden. Geld wird einerseits für Bildung benötigt, um das Wissen um Schutz und Vorsorge aufzubauen. Andererseits werden Mittel für Gesundheitssysteme, eine sichere Diagnose und angemessene Behandlung benötigt.

6. Handel gerecht gestalten

Durch international gültige Abkommen müssen faire Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer geschaffen werden. Um die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern, sollten die Importrestriktionen der EU und anderer Industrieländer für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern aufgehoben werden. Außerdem sollen die Agrarexportsubventionen in den Industrieländern unabhängig vom Ausgang der WTO-Verhandlungen vollständig abgebaut werden, um die Preise auf den Weltmärkten nicht künstlich zu senken. Armen Entwicklungsländern sollte für eine Übergangszeit erlaubt sein, die lokale Produktion zu schützen, um ihre eigene Landwirtschaft für den Weltmarkt rüsten zu können. Die Förderung des regionalen Handels hilft, regionale und saisonale Schwankungen abzupuffern.

Seit Jahrzehnten stützen Industrieländer ihre Landwirtschaft durch produktionsgebundene Subventionen und Schutzzölle und kurbeln damit die Produktion an. Den Export der Überschüsse fördern sie mit Exporthilfen. Gleichzeitig schützen sie ihre Agrarmärkte durch Zölle, so dass der Marktzugang für Entwicklungsländer schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist.

Landwirtschaft und ländliche Räume in den ärmsten Ländern der Welt werden sich nur dann entwickeln, wenn ungerechte Handelssysteme aufgebrochen werden. Der Abbau der EU-Exportsubventionen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Chance jedoch, die WTO-Verhandlungen zur Hungerbekämpfung zu nutzen, wurde bislang verpasst. Dabei kann ein fairer internationaler Handel nur Wirklichkeit werden, wenn er auf anerkannten Regeln basiert – dieser Rolle muss die WTO gerecht werden. Das Fehlen internationaler Abkommen kann nicht durch bilaterale Vereinbarungen ersetzt werden: Hier haben vielfach wirtschaftliche Interessen einzelner

Staaten oder Staatengruppen Vorrang vor der Hunger- und Armutsbekämpfung. Dies zeigen derzeitige Verhandlungen zu den Europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) vor allem in Bezug auf Afrika: Die von der EU geforderte Liberalisierung der Märkte und des Handels kommt vor allem Investoren der EU-Länder zugute und trägt kaum zur Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern bei. Zudem führt die in den EU-Abkommen vorgesehene Meistbegünstigungsklausel dazu, dass Entwicklungsländer keine weiteren Vorzugsabkommen mit anderen Staaten (z.B. Indien, China) vereinbaren dürfen und dadurch Entwicklungschancen verhindert werden.

Die vielfach geäußerte Forderung nach einer schnellen und weitgehenden Liberalisierung der Märkte dient vor allem den Industrienationen: Schwächere Märkte der Entwicklungsländer sowie deren Rohstoffe lassen sich leichter erschließen. Entwicklungsländer hingegen verlieren Steuereinnahmen (Zölle) und befürchten zu Recht, dass ihre lokalen Produzenten zurückgedrängt werden. Um entwicklungsfördernd zu sein, muss Liberalisierung sehr differenziert gestaltet werden. Denn selbst wenn von jetzt an die Landwirtschaft wieder stärker auf die politische Agenda aufgenommen wird: Es wird Jahre dauern, bis die landwirtschaftliche Produktion vernachlässigter ländlicher Räume die Effizienz und Qualität der Industrienationen annähernd erreicht. Um ihre ländlichen Räume zu fördern und die klaffende Entwicklungslücke schließen zu können, müssen Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, ihren eigenen Agrarmarkt gezielt vor Importen zu schützen und nötigenfalls ihre Landwirtschaft zu subventionieren. Der Schutz der heimischen Produktion muss jedoch gezielt, regelgebunden und zeitlich begrenzt eingesetzt werden, damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht gefährdet wird.

7. Durch soziale Sicherung vor der Hungerfalle schützen

Der Aufbau sozialer Sicherungssysteme muss vorangetrieben werden, um Bedürftige im Krisenfall abzusichern. Während Menschen in Ländern wie Deutschland durch soziale Sicherungssysteme vor absoluter Armut geschützt sind, bedeuten Krisen oder Ernteausfälle in Entwicklungsländern meist den freien Fall in Armut und Hunger. Traditionelle Sicherungssysteme, die vor allem auf familiäre Solidarität beruhen, reichen nicht aus. Damit Naturkatastrophen oder Konflikte nicht zu Hungerkrisen führen, muss Vorsorge getroffen werden, zum Beispiel durch Mikro-Versicherungen oder die Einführung von Grundsicherungssystemen.

Während in Deutschland und allen anderen Industrienationen die Menschen durch soziale Sicherungssysteme (Renten-, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe) vor absoluter Armut geschützt sind, stellen Krisen oder Ernteausfälle in Entwicklungsländern für die Armen eine existentielle Bedrohung dar, die vielfach in Hunger und Tod mündet. Gerade in Entwicklungsländern fehlt ein Mindestschutz, der Menschen vor Armut und Hunger durch Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit aber auch vor Einkommensverlust durch Missernten (Dürren), Naturkatastrophen und dem Tod von Angehörigen schützt.

In den meisten Entwicklungsländern beruht die soziale Sicherung auf Solidarität, die durch Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen sowie Dorfgemeinschaften geleistet wird. Wenn die Familie oder gar das gesamte Dorf von einer Krise betroffen ist, wie es bei einer Nahrungsmittelknappheit durch Ernteausfall der Fall ist, stoßen traditionelle Sicherungssysteme schnell an ihre Grenzen. Maßnahmen, die an solche informelle Sicherungssysteme anknüpfen und diese verbessern, sind deshalb überlebenswichtig.

Soziale Sicherheit, die gleichzeitig Hilfe zur Selbsthilfe anbietet, kann durch Förderung von Spar- und Kredit-systemen und durch Gruppenversicherungen erreicht werden. Spar- und Kreditsysteme erlauben zum einen die Vorsorgekapazität der Armen zu stärken, indem sie Geld ansparen, um für Notlagen gerüstet zu sein. Zum anderen können Kredite und Mikroversicherungen helfen, Krisen zu überbrücken ohne Betriebskapital – wie beispielsweise Zugochsen – verkaufen zu müssen.

Extrem arme Menschen können sich aus der Armutfalle aufgrund mangelnder Einkommenschancen nicht aus

eigener Kraft befreien. Sie müssen durch staatliche Subventionen und Geldleistungen unterstützt werden. Die Finanzierung von arbeitsintensiven Infrastrukturmaßnahmen über *food for work* oder *cash for work* kann hierzu gezielt genutzt werden. Derartige Beschäftigungsprogramme können so gestaltet werden, dass mittelfristig die selbständige Einkommenssicherung durch den Einstieg ins Berufsleben erreicht wird.

8. Biokraftstoffe: Erst den Energiebedarf in den Entwicklungsländern decken

Die auf Importen aus Entwicklungsländern basierende Biokraftstoffproduktion in den Industrieländern muss ausgesetzt und überdacht werden. Energiepflanzen dürfen angesichts leerer Kornspeicher und steigender Nahrungsmittelpreise nicht in Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion treten. Die Klimaschutzziele der Industrienationen müssen vielmehr durch Energiesparen, Effizienzsteigerung und innovative Verfahren der Energiegewinnung in den Verursacherländern erreicht werden. Hingegen sollte die lokale Nutzung von Bioenergie zur Armutsreduzierung in ländlichen Räumen gefördert werden.

Länder des Nordens sind schon lange nicht mehr in der Lage, ihren boomenden Bedarf an Biomasse zur Herstellung von Biokraftstoffen durch eigene Produktionskapazitäten zu decken. Schon die Erfüllung der aktuellen deutschen Beimischpflicht von 6,75 Prozent ist nicht ausschließlich aus heimischer Produktion von Biokraftstoffen zu decken: Nach Einschätzung des Sachverständigenrates für Umweltfragen (2007) müsste hierzu das gesamte Flächenpotenzial von Deutschland beansprucht werden. Was bleibt, ist der Import von Agrartreibstoffen bzw. deren Ausgangsprodukten aus Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Folgen der wachsenden Agrarkraftstoffproduktion in Entwicklungsländern sind bereits heute deutlich. Der Flächenbedarf der zumeist in Monokulturen angebauten Rohstoffe für die Agrartreibstoffgewinnung ist enorm. Dies fördert die Konzentration von Landbesitz in wenigen Händen. Auch der Druck auf knappe Wasserressourcen steigt. Konflikte um Land und Wasser sind die Folge, eine gravierende Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion ist kaum abwendbar. Hinzu kommt die verstärkte Nachfrage nach Agrarprodukten auf dem Weltmarkt, die die Preise für Grundnahrungsmittel in die

Höhe schnellen lässt. Gerade Kleinbauern in den Ländern des Südens sind Opfer dieser Entwicklungen, anstatt von der neuen Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten zu profitieren. Klimaschutz muss durch Energieeinsparung und verbesserte Effizienz in den Verursachern Ländern erfolgen. Klimaschutz in Industrienationen durch Biokraftstoffe aus Entwicklungsländern geht zu Lasten der Ernährungssicherheit und bedeutet nicht nur eine gravierende Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung, sondern führt auch zu Konflikten und gewalttätigen Aufständen: Biokraftstoffe gehören zu den wichtigsten Ursachen für die steigenden Nahrungsmittelpreise, die in Haiti, Burkina Faso oder Kamerun gewalttätige Proteste zur Folge hatten. Auch die Produktion von Biokraftstoffen zweiter Generation, die die Nutzung von Holz oder Pflanzenreste erlauben wird, wird Böden und Wasser beanspruchen, die für die Ernährungslandwirtschaft dringend benötigt werden. Bis durch Zertifizierungen und Handelsabkommen garantiert werden kann, dass diese Szenarien nicht fortgesetzt werden, müssen die ambitionierten Biokraftstoffpläne der Industrienationen eingefroren werden.

Moderne Bioenergie bietet aber auch neue Chancen für ländliche Räume, denn deren Energieversorgung wurde bislang nur wenig Beachtung geschenkt. Zur Deckung der notwendigsten Bedürfnisse ist Energie aber unentbehrlich: zur Zubereitung von Nahrung, zur Versorgung mit Wasser, zur Kühlung von Medikamenten, zum Betrieb von Traktoren und Wasserpumpen sowie für den Transport. Zwei Milliarden Menschen haben bis heute keinen Zugang zu Strom. Weit über zwei Milliarden Menschen kochen und heizen mit traditioneller Biomasse wie Holz, Dung oder Ernteresten. Der Transport von fossiler Energie in abgelegene Regionen ist zu teuer. Bioenergie ist hingegen nicht an eine zentrale Produktion gebunden, sondern kann dort hergestellt werden, wo sie gebraucht wird: Im Dorf, weitab von Hauptverkehrsstraßen und nationalen Stromnetzen. Die Förderung lokaler Bioenergieanlagen verbessert nicht nur die Lebensqualität, sie ist gleichzeitig der Anfang einer nachhaltigen lokalen Wirtschaft und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur ländlichen Entwicklung. Bedingung hierfür ist jedoch auch auf lokaler Ebene die Einbindung der Bioenergieproduktion in Konzepte der ländlichen Entwicklung: Nur die Maßvolle Bioenergieproduktion ist mit der Ernährungssicherheit vereinbar.

9. Solidarität und Frieden haben ihren Preis

Die Verbraucher in den Industrieländern müssen sich an höhere Nahrungsmittelpreise gewöhnen. Landwirtschaft muss sich auch ohne Subventionen tragen, nur so können Marktverzerrungen abgebaut und die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern gestärkt werden. Außerdem leisten fair gehandelte Produkte wie Kaffee oder Kakao einen konkreten Beitrag zum Einkommen der Bauern in Entwicklungsländern.

Es nützt wenig, immer wieder den Hunger in der Welt anzuprangern. Jeder Mensch kann einen Beitrag zur Überwindung der globalen Hungerkrise leisten. Politikerinnen und Politiker müssen gerechte Rahmenbedingungen schaffen, Unternehmen ihre Produktion und Vermarktung sozial- und umweltgerecht gestalten. Aber nicht zuletzt entscheidet der Konsument durch sein Einkaufsverhalten, ob er Ausbeutung und Hunger duldet oder durch den gezielten Kauf von sozial gerecht hergestellten Produkten einen fairen Handel fördert. Dafür muss jedoch der Käufer einen höheren Preis akzeptieren, der sich aber vielfach bezahlt macht: Hunger- und Armutsbekämpfung ist die beste Vorsorge vor Krisen, Konflikten, Kriegen aber auch vor Migration.

Angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte werden seit langem gefordert – von den Bauern im Süden wie im Norden. Während Landwirte in den meisten Industrieländern durch Subventionen unterstützt werden, müssen ihre Kollegen in den Entwicklungsländern ihren Verdienst aus den Marktpreisen erzielen. Für Bauern in Entwicklungsländern bedeutete dies bislang, dass sie nur durch billige Arbeitskraft oder Standortvorteile (z.B. Klimagunst für Kaffee, Kakao, Tee) auf dem Weltmarkt konkurrieren konnten. Eine sozial gerechte Landwirtschaft in Nord und Süd kann es nur geben, wenn Subventionen und Zölle abgebaut werden und dadurch gleiche Marktchancen für alle Landwirte weltweit bestehen.

So können Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern unterstützt werden, um eine menschenwürdige Existenz aus eigener Kraft zu führen. Durch faire Handelsbeziehungen werden die Lebensbedingungen in den Ländern des Südens verbessert, die Binnenwirtschaft gestärkt und langfristig ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen abgebaut.

Die im Fairtrade-System festgelegten Mindestpreise und Aufschläge decken die Produktionskosten der Produzenten und sichern das absolute Existenzminimum. Langfristig müssen aber höhere Gewinne erzielt werden,

damit in zunehmendem Maße in eine nachhaltige Zukunft investiert werden kann.

10. Zivilgesellschaft trägt Entwicklung mit

Die Potentiale nichtstaatlicher Organisationen müssen stärker genutzt werden. In Notlagen spielen sie eine Schlüsselrolle zur Überwindung von Krisen - insbesondere dann, wenn staatliches Handeln nicht mehr möglich ist. Sie tragen dazu bei, dass sich die Bauern besser organisieren, zum Beispiel in Genossenschaften. Sie vertreten auch deren Interessen gegenüber den Regierungen, die sich häufig nicht für die Nöte der ländlichen Bevölkerung interessieren. In Staaten ohne funktionierende Regierung übernehmen sie in ländlichen Gebieten die Aufgaben staatlicher Institutionen.

Unmittelbare Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe lässt sich in der Praxis oft am wirksamsten von privaten, nicht profitorientierten Organisationen umsetzen. Als Nichtregierungsorganisationen (NRO) tragen sie zur politischen Meinungsbildung in ihren Ländern bei, bringen unabhängige Zielvorgaben für Regierungen und andere internationale Institutionen in die Diskussion und dringen auf ihre Umsetzung und Einhaltung. Zum einen sind NRO ein wichtiges Korrektiv, wenn staatliches Handeln im Kampf gegen Hunger und Armut hinter den eigenen Versprechungen und den Verpflichtungen gegenüber dem Menschenrecht auf Nahrung zurückzubleiben droht. Zum anderen können sie auch dann noch wirksam arbeiten, wenn der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in schwierigen Länderkontexten öffentliche Ansprechpartner für eine sinnvolle Kooperation fehlen. Private Entwicklungsorganisationen der Geberländer können dann auf ein Netz lokaler, nichtstaatlicher Partner zurückgreifen und unabhängiger agieren. Angesichts der globalen Hungerkrise kann dieses Netzwerk von Nord- und Süd-NRO für Hilfseinsätze von entscheidender Bedeutung sein, denn gerade in den Ländern, in denen die staatlichen Institutionen zerfallen, ist die Not oft am größten.

Zur Überwindung des Hungers leisten die NRO der Entwicklungsländer einen entscheidenden Beitrag: Sie sind es, die zum Beispiel als Genossenschaften dazu beitragen, dass Bauern sich besser organisieren und bessere Produktionsbedingungen schaffen. In der Rolle der Bauernvertretung kämpfen sie für ihre Interessen und ermöglichen einen verbesserten Wissenstransfer zu land-

wirtschaftlichem Know-how. Als lokale NRO führen sie Kleinkreditprogramme durch und organisieren Alphabetisierungsprogramme. Wenn der Staat versagt, übernehmen sie vielfach die Basisversorgung in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Die Förderung von NRO im Süden trägt damit entscheidend zur langfristigen Armutsminderung und Überwindung des Hungers bei, denn NRO gestalten ihre Entwicklung selbst und übernehmen dafür auch die Verantwortung.

Autor

Dr. Rafaël Schneider
Referent Entwicklungspolitik
Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Friedrich-Ebert-Str.1
D-53173 Bonn
Tel.: +49-228-2288-147
Fax: +49-228-2288-188
E-mail: rafael.schneider@welthungerhilfe.de

Autor dieses Standpunktes ist Rafaël Schneider unter Mitarbeit von Sabine Brüntrup-Seidemann. Standpunkte erscheinen unregelmäßig und präsentieren Informationen und Analysen zu zentralen entwicklungspolitischen und humanitären Fragen.

Oktober 2008